Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner. — Görlitz: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Magdeburg: Robert Kiess. — Minden: C. Marowski. —

Abend=Ausgabe.

Wien: A. Opelick, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Delamar Azn., Spuistraat 184. — Frankreich: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: G. L. Daube & Co. in London, 30 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 222. — Berlin, Freitag den 15. Mai 1885, Abends. — 24. Jahrgang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, **für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.**, sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** anbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 15. Mai.

Klärungen.

I.

Als aus den Reichstagswahlen des vorigen Herbstes die Sozialdemokraten in verdoppelter Anzahl hervorgingen, wich die von uns darüber ausgesprochene Meinung wesentlich von dem ab, was sowohl von der demokratischen als von der ultramontanen Presse darüber geurtheilt wurde.

Auf beiden Seiten wollte man in dem Anschwellen der sozialdemokratischen Fraktion eine große Gefahr erblicken; die Einen sahen die soziale Revolution mit Riesenschritten heraneilen, falls nicht die Regierung ihre kirchenpolitische Haltung aufgäbe; die Anderen sprachen von einem Verdikt der Wähler betreffs der wirthschaftlichen und sozialpolitischen Richtung und stellten sich so, als ob sie befürchteten, die Regierung und die Reaktionaire würden nun, nachdem sie dem Sozialismus den kleinen Finger gereicht, nicht umhin können, den sozialen Staat der Herren Bebel und Genossen zu inauguriren; Beide waren aber wieder darin einig, daß dieses Wahlergebniß eine eklatante Niederlage der Regierungspolitik bedeute.

Unsere über die Sache ausgesprochene Meinung war viel weniger pessimistisch. Wir leugneten zwar nicht, daß dieser sozialdemokratische Succeß an sich unerwünscht sei; indem wir aber auf seine Genesis eingingen, legten wir klar, die Sozialdemokraten hätten ihre Siege keineswegs neu gewonnener eigener Kraft zu danken, sondern dem Umstande, daß die Verbitterung der übrigen Parteien gegeneinander so groß geworden sei, zuzulassen, daß lieber der früher gemeinsam bekämpfte sozialdemokratische Gegner als der in den einzelnen Fällen mit ihm konkurrirende Kandidat einer anderen bürgerlichen Partei das umstrittene Mandat gewinne.

Zugleich aber sprachen wir aus, voraussichtlich dürfte die Verdoppelung der sozialdemokratischen Fraktion zu gewissen **Klärungen** führen, sowohl in der Führung der Sozialdemokratie, als in der sozialdemokratischen Wählerschaft, als endlich auch in der parlamentarischen Stellung der Sozialdemokratie im Reichstage betreffs der aktiven Antheilnahme an der Gesetzgebungsarbeit und betreffs des Verhältnisses zu anderen Parteien. Derartige klärende Ergebnisse zu erwarten, durfte man sich für berechtigt halten, weil nunmehr die sozialdemokratische Fraktion in einer Stärke auftrat, daß nach parlamentarischem Usus sie als vollberechtigter Faktor selbstständig zu operiren vermochte; Antheil zu nehmen berechtigt, aber auch verpflichtet war an der eigentlich internen Arbeit in den Kommissionen 2c., so daß den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nicht mehr das Geringste im Wege stand, ihre Absichten für das Wohl des Arbeiters — wenn sonst denselben die gerühmte siegende Kraft innewohnte — in Thaten umzusetzen. Die freie Initiative dazu lag jetzt offen vor ihnen.

Nach einer Richtung hin sind unsere Erwartungen allerdings nicht voll erfüllt worden. Nach dem, was man aus dem Reichstage hört, was in seinen Verhandlungen hier und da zur Sprache gebracht, was darüber in den letzten Wochen in die Presse gedrungen ist, war die Antheilnahme der sozialdemokratischen Fraktionsvertreter an der eigentlich wichtigsten, vorbereitenden, Verständigung suchenden und schaffenden Arbeit in den Kommissionen eine recht passive und wenn die Vertreiung der Interessen des Arbeiterstandes lediglich auf diese Art der Mitarbeit der als eigentlich dazu allein berufen sich Hinstellenden angewiesen bliebe, so dürfte es recht schlecht mit der Wahrnehmung dieser Interessen bestellt gewesen sein.

Erwägt man aber, daß eine günstigere Situation, als sie gegenwärtig besteht, für Wahrnehmung und Berücksichtigung **wirklicher Interessen erfüllbarer Forderungen** des Arbeiterstandes kaum gedacht werden kann, und falls sie unbenutzt vorübergehen sollte, kaum so bald wiederkehren dürfte, so muß es doch auf ganz eigene Gedanken führen, wenn man von arbeiterfreundlichen Männern anderer Parteien die Klage vernimmt, die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder seien entweder gar nicht zu den Berathungen erschienen, oder, falls ja, so seien sie nicht zur aktiven Antheilnahme an der Arbeit zu bewegen gewesen und hätten günstigsten Falles, die Kommission mit einer Volksversammlung verwechselnd, Agitationsreden gehalten, statt auf die zur Lösung stehenden Spezialfragen sich einzulassen.

Der gemachte und viel besprochene Versuch, die gesetzgeberische Initiative seitens der Sozialdemokraten zu ergreifen mit jenem „großen Antrage", der angeblich den Arbeiterschutz zu fördern bestimmt sein, der die dringendsten Arbeiterforderungen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung erfüllen sollte, ist auch in einer Weise ausgefallen, daß für die wirklichen Arbeiterinteressen er kaum derjenigen Mühe werth scheint, die dazu gehörte, um ihn zu formuliren, und der Zeit, die das gekostet hat, und ihm im Reichstage gewidmet wurde. Wenn selbst das Urtheil der den Sozialdemokraten und der Fraktion derselben Nächststehenden darauf hinausläuft, der Antrag enthalte so viel Utopistisches, daß man sagen müsse, er sei eigentlich wohl mehr agitatorisch gedacht, als praktisch ausführbar, so dürfte mit diesem „großen" Antrage die derzeitig die Sozialdemokratie im Reichstage vertretende Fraktion ihr Geschick und ihren Beruf zur Antheilnahme an der legislatorischen Thätigkeit und zur eigenen Initiative für dieselbe auch nicht gerade glänzend bekundet haben.

Vergegenwärtigt man sich ferner das Auftreten der sozialdemokratischen Redner im Plenum, so wird man auch nicht umhin können zu sagen, daß dieselben ihre Reichstagsthätigkeit mehr als potenzirte Fortsetzung der Agitationsarbeit zu betrachten scheinen, denn als aktives Mitarbeiten zum Wohle des deutschen Volkes. Die Fraktion hat sich offenbar noch nicht von jenem Doktrinarismus loszusagen vermocht, auf welchem durch agitatorische Thätigkeit das sozialdemokratische Gebäude begründet worden ist; man spürt in allen Thätigkeitsäußerungen der Fraktion den Hauch jenes doktrinairen Wesens viel mehr, als die lebendige schöpferische Kraft, welche davon auszugehen pflegt, wenn Männer vom Boden des realen praktischen Lebens aus ihren Idealen und Ueberzeugungen zum Siege zu verhelfen streben.

Der **Reichstag** ist heute Vormittag 11½ Uhr geschlossen, nachdem er um 10 Uhr zu seiner 102. Plenarsitzung zusammengetreten war.

In derselben wurde der Bericht der Rechnungskommission über die Einnahmen und Ausgaben für das Etatsjahr 1883/84 durch Genehmigung der nachgewiesenen Etatsüberschreitungen in dritter Lesung debattelos erledigt.

Zu einiger Diskussion führte dagegen der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Fortdauer des Mandats des Abg. Grafen von Bismarck-Schönhausen. Der Antrag der Kommission geht dahin, zu erklären, daß das Mandat des erwähnten Abgeordneten in Folge seiner Ernennung zum Unterstaatssekretair im Auswärtigen Amte nicht erloschen sei.

Abg. Hasenclever hat Bedenken gegen den Antrag der Kommission und wünscht Auskunft von der Regierung über einzelne Punkte. Das persönliche pensionsberechtigte Gehalt eines Gesandten im Haag betrage 18.000 ℳ, die übrigen 30000 ℳ seiner Besoldung seien Repräsentationskosten, während das persönliche Gehalt des Unterstaatssekretairs 20000 Mark betrage; von Repräsentationskosten sei hierbei keine Rede.

Staatsekretair des Innern von Boetticher entgegnete, die Sache liege außerordentlich klar. Im Etat des Auswärtigen Amtes sei das Gehalt des Unterstaatssekretairs mit 20000 ℳ, das des Gesandten im Haag auf 48000 ℳ normirt. Wenn der Vorredner meine, daß das persönliche Gehalt des Letzteren nur 18000 ℳ betrage, und daß das Plus Repräsentationskosten seien, so fehle es für diese Annahme in unserem Etat und in unserem Etatsrechte an jedem Anhalt. Wo Repräsentationskosten gezahlt würden, wie beim Reichskanzler, beim Staatssekretair des Aeußern, da seien diese als solche im Etat ausdrücklich bezeichnet. Wo dies nicht geschehen, da sei die ganze Besoldung als Gehalt anzusehen. Da nun nachweislich weder eine Rangerhöhung, noch eine Gehaltsaufbesserung durch die Ernennung zum Unterstaatssekretair stattgefunden, so komme auch der Artikel 21 der Verfassung nicht in Betracht und von einem Verlust des Mandats könne selbstverständlich nicht die Rede sein.

Abg. Hasenclever berief sich auf die Erläuterungen zum Etat.

Staatssekretair des Innern v. Boetticher wiederholte, daß von Repräsentationskosten im Sinne unseres Etatsrechtes hier nicht die Rede sein könne. Wenn sich der Vorredner darauf stütze, daß das persönliche pensionsberechtigte Gehalt nur 18000 ℳ betrage, und den Schwerpunkt auf das Wort „persönlich" lege, so halte er ihm entgegen, daß Repräsentationskosten auch persönliche sind. Nur bei der Pensionsberechnung finde eine Theilung statt, sonst handle es sich um einen einheitlichen Betrag.

Abg. Frhr. v. Maltzahn-Gültz wies darauf hin, daß die Worte Gehalt und Besoldung in unserem Etat überall synonym gebraucht werden.

Abg. Hasenclever bedauerte, daß diese Erklärung nicht bereits in der Kommission gegeben sei.

Abg. v. Benda konstatirte noch, daß staatsrechtlich nicht die Erläuterungen zum Etat, sondern dieser selbst maßgebend sei.

Demnächst wurde der Antrag der Kommission mit sehr großer Majorität angenommen.

Der hauptsächliche Gegenstand der Tagesordnung war die dritte Berathung der Novelle zum deutsch-spanischen Handelsvertrag.

In der Generaldiskussion erklärte zunächst Abg. Hasenclever, daß seine politischen Freunde aus denselben Gründen wie gegen den Zolltarif auch gegen diesen Vertrag stimmen würden, aber auf eine weitere Debatte heute verzichten wollten, weil sie sich in dieser Frage einer geschlossenen Koalition gegenüber befänden.

Abg. Dr. Bamberger betonte, daß, wenn seine Partei ein negatives Votum abgebe, sie dies thue, weil sie den dabei in Frage kommenden Zoll als wenig wünschenswerth ansehe. Sie sei nicht der Ansicht, daß es von Vortheil wäre, Freiheiten zu erringen, welche bei uns dazu dienten, die Unfreiheit der Ernährung zu vergrößern.

Abg. Dr. Meyer-Jena erklärte, daß auch er ein prinzipieller Gegner der beschlossenen Zollerhöhungen sei; nichtsdestoweniger würden er und seine nationalliberalen Freunde für den vorliegenden Vertrag stimmen, weil sie der Meinung seien, daß, nachdem nun einmal die Getreidezölle eingeführt worden, es im Interesse des Reiches liege, dieselben nach einem einheitlichen Satze zu erheben.

Abg. Dr. Frege sprach dem Abg. Bamberger gegenüber die Hoffnung aus, daß eine gewisse Stabilität in den Getreidezöllen eintreten werde, damit das Land zur Ruhe komme.

Abg. Richter meinte, daß der Vorredner sich irre, wenn er glaube, das Land werde nunmehr zur Ruhe kommen. Gegenüber einem so hohen Zolle auf die unentbehrlichsten Lebensmittel könne das Interesse an der Stabilität desselben nicht vorhanden sein. Bei der Majorität möge ja ein Ruhebedürfniß vorherrschend sein, aber wenn man glaube, daß diese Frage überhaupt zur Ruhe kommen werde, dann täusche man sich. Im Uebrigen behaupte er, daß jedenfalls ein niedrigerer Zollsatz an einzelnen Grenzen weniger nachtheilig sei, als ein hoher Zollsatz an allen Grenzen. Er stimme also gegen den Vertrag.

An die einzelnen Paragraphen des Vortrages knüpfte sich keine Debatte. Der Vertrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 225 gegen 50 Stimmen (Deutschfreis. und Sozialdemokraten) definitiv angenommen.

Präsident v. Wedell-Piesdorf gab hierauf die übliche Uebersicht über die Thätigkeit des Hauses während der nun abgelaufenen Session und konstatirte, daß der Reichstag am Schlusse einer der arbeitsvollsten und mühevollsten Sessionen stehe, die er je gehabt habe; denn nur eine Session habe mit 102 Plenarsitzungen abgeschlossen: die des Jahres 1882/83, in welcher indeß längere Pausen von zusammen sieben Monaten stattgehabt hatten.

Abg. v. Bernuth: Meine Herren, ich glaube in Ihrer Aller Sinne zu handeln, wenn ich dem verehrten Herrn Präsidenten die vollste Anerkennung und den wärmsten Dank für die umsichtige, andauernde und unparteiische Leitung der Geschäfte des Hauses während dieser langdauernden und anstrengenden Session im Namen des Hauses ausspreche. Ich bitte Sie, sich zum Zeichen der Zustimmung von Ihren Plätzen zu erheben. (Das Haus erhebt sich unter lebhaften Zurufen.)

Präsident v. Wedell-Piesdorf: Ich danke den Herren für die wohlmeinenden Worte, welche Sie so eben an mich gerichtet haben. Wenn es mir gelungen ist, in einigermaßen befriedigender Weise die Geschäfte des Hauses zu leiten, so habe ich es in der Hauptsache nur dem Wohlwollen zu danken, welches ich auf allen Seiten des Hauses gefunden habe. Ich sage Ihnen Allen meinen herzlichsten Dank dafür. Zugleich unterlasse ich nicht, auch den Herren Vizepräsidenten, den Schriftführern und den Herren Quästoren, welche stets bereitwillig und umsichtig mir ihre Dienste geleistet haben, meinen Dank auszusprechen. (Beifall.)

Das Wort hat nunmehr der Herr Staatssekretair des Innern v. Boetticher.

Staatssekretair des Innern v. Boetticher: Ich habe dem hohen Hause eine Allerhöchste Botschaft mitzutheilen. (Die Mitglieder des Hauses erheben sich von ihren Plätzen):

„Wir **Wilhelm** von Gottes Gnaden Kaiser von Deutschland, König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir Unseren Staatssekretair des Innern, Staatsminister von Boetticher, ermächtigt haben, auf Grund des Artikels 12 der Verfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in Unserem und der verbündeten Regierungen Namen am 15. Mai d. J. zu schließen.

Urkundlich unter Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insiegel.

Berlin, 11. Mai 1885.

(gez.) Wilhelm.

(gegengez.) Fürst von Bismarck."

Ich habe die Ehre, das Original dieser Allerhöchsten Botschaft dem Herrn Präsidenten zu überreichen. Auf Grund des mir darin ertheilten Allerhöchsten Auftrages erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen die Sitzungen des Reichstages für geschlossen.

Präsident v. Wedell-Piesdorf: Meine Herren, nach so vielem Streite der Meinungen, der unter uns zum Austrag gekommen, lassen Sie uns dem Gefühle, von dem wir Alle beseelt sind, dem Gefühle der Vaterlandsliebe und dem Gefühle der Verehrung für unseren erhabenen Kaiser und König Ausdruck geben dadurch, daß wir rufen: Se. Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch, nochmals hoch und abermals hoch!

(Das Haus stimmte dreimal begeistert in dieses Hoch ein.) Ich schließe die Sitzung.

Schluß 11½ Uhr.

Die namentliche Abstimmung über die Erhöhung des **Roggenzolls** ergiebt, daß in der dritten Lesung am 11. Mai 12 Abgeordnete für die Erhöhung gestimmt haben, die am 16. Februar dagegen gestimmt hatten, und zwar: Dr. Arnsperger, Graf Behr-Behrenhof, Borowski, Brünings, Bürklin, Dieden, Geblert, Dr. Groß, Kochann, Dr. Marquardsen, Dr. Moufang und Dr. Windthorst. — Dagegen haben die Abgg. Grad und Stöcker (Rothenburg) am 16. Februar für, am 11. Mai gegen die Zollerhöhung votirt. — Endlich enthielten sich jetzt die Abgg. v. Dalwigk-Lichtenfels und Strombeck der Abstimmung, die am 16. Februar gegen gestimmt hatten. — Da in der zweiten und dritten Lesung das Haus nicht gleich besetzt war, so ist es nicht ohne Interesse, wie dieser Umstand die Abstimmung beeinflußt hat. Von den Nein-Votirenden der zweiten Lesung fehlten 17 bei der dritten, und genau soviel stimmten bei der dritten Lesung mit Nein, die an der Abstimmung der zweiten nicht Theil genommen hatten; so daß für die Minorität Abgang und Zugang sich decken würde. Anders steht es mit der Majorität; bei dieser fehlten in dritter Lesung 32, die in der zweiten mit Ja gestimmt, darunter die Abgg. Leuschner und Stöcker (Siegen), während nur 16, die in der zweiten gefehlt, jetzt mit Ja stimmten, so daß der Abgang um 16 Stimmen größer war, als der Zugang. Berücksichtigt man diesen Umstand, so kann man unter der Voraussetzung gleicher Abstimmung die im Reichstage wirklich für diese Zollerhöhung konstatirte Mehrheit um 16 größer, also auf 65 Stimmen veranschlagen. — 19 Abgeordnete haben übrigens bei beiden Abstimmungen gefehlt, und zwar: Auer, Bebel, Kraecker, Hamspohn, Schenck v. Stauffenberg, Oechelhäuser, Beckmann, Graf Nayhauß-Cormons, Diendorfer, Dr. v. Hertling, Dr. Reichensperger, v. Chelmicki, Graf Kwilecki, Magdzinski, v. Dietrich, Dollfus, Mühleisen, Simonis, Winterer. — Vom Fortschritt fehlten bei der Abstimmung dritter Lesung: Horwitz, Pflüger, Schwarz, v. Winckelmann; von den Sozialdemokraten: Roediger, Singer und Wiemer; auch die Abgg. Lohren und Dr. Delbrück, die in zweiter Lesung mit Nein gestimmt, fehlten in dritter.

Der „Köln. Ztg." wird über die **Stellung Deutschlands zur afghanischen Frage aus Berlin folgendes geschrieben:**

„Gewisse französische Blätter, in erster Linie das offizielle Organ der Prinzen von Orleans, der „Soleil", sodann aber auch der vom Herzog von Aumale gegründete, jetzt republikanisch gewordene „Temps", haben gelegentlich des drohenden russisch-englischen Zerwürfnisses wiederholt behauptet, die Entscheidung der Frage, ob es Krieg geben oder Friede bleiben werde, hange von den Entschließungen des Fürsten Bismarck ab. „Fürst Bismarck allein", so schrieb der „Soleil", „ist in der Lage, den Zorn von England und Rußland zu entwaffnen. Er brauchte nur den Finger zu erheben und Frieden zu gebieten, und es würde Friede bleiben. Aber der deutsche Reichskanzler hütet sich wohl, dies zu thun; er scheint im Gegentheil bemüht, das glimmende Feuer zur hellen Flamme anzufachen; denn ein Krieg zwischen Rußland und England würde unter allen Umständen vortheilhaft für ihn sein: die Niederlage Rußlands würde das militairische Uebergewicht Deutschlands unantastbar machen, während die englische Niederlage dem Fürsten Bismarck gestatten würde, seine Ziele auf kolonialpolitischem Gebiete unbehindert zu verfolgen. Auf diese Weise erklärt sich auch" — fügt „Soleil" an einer anderen Stelle hinzu — „weshalb Deutschland der Türkei keineswegs den Rath ertheilt hat, die Dardanellen der englischen Flotte zu verschließen."

In demselben Sinne äußert sich der „Temps". Jedermann müsse anerkennen, wurde dort gesagt, daß Deutschland allein in der Lage sei, den Krieg zu verhindern; wenn aber Fürst Bismarck Rußland gewähren lasse, so sei der Verdacht gerechtfertigt, daß Deutschland einen Kampf auf Leben und Tod zwischen den beiden Mächten gern sähe, von denen Rußland es durch seine Nachbarschaft, England durch seine Uebermacht zur See und durch seine liberale Staatseinrichtung beunruhige.

Mit den angeführten Aeußerungen konnte nichts bezweckt werden, als Deutschland zu verdächtigen, um später, falls es zum Kriege gekommen wäre, behaupten zu können, er sei das Werk des Fürsten Bismarck, und dieser habe die Verantwortlichkeit dafür zu tragen.

Die orleanistischen Verhetzungen haben keinen Eindruck auf die öffentliche Meinung in Deutschland gemacht. Diese ist sich klar darüber, daß Deutschland seine Nachbarn nicht fürchtet und nicht zu schwächen sucht, und daß kein Grund vorliegt, weshalb die liberalen Einrichtungen Englands Deutschland beunruhigen sollten, zumal das englische Wahlgesetz noch weit entfernt ist, so liberal zu sein, wie das des Deutschen Reichs. Alles, was die orleanistische Presse in Bezug auf die Stellung des Fürsten Bismarck zur afghanischen Frage ausgestreut hat, ist eitles Gerede, für unwissende Leser bestimmt, die man durch den doktrinairen Ton, in dem jene politischen Albernheiten vorgetragen wurden, zu bethören hoffte und theilweise bethörte. In Deutschland sind jene Verdächtigungen, wie gesagt, unberücksichtigt geblieben. Aber auch im Auslande hat sich der gesunde Menschenverstand dagegen erhoben.

Der russische „Nord" führt in einem Leitartikel richtig aus, daß die Zusammenkunft von Skierniewice und der gute Glaube, mit dem die dort getroffenen Abmachungen von den betheiligten Parteien beobachtet worden sind, den Frieden aufrecht erhalten haben. „Von dem Augenblick an, als die Beziehungen zwischen England und Rußland beunruhigend wurden, ließen es sich die Kabinette von Berlin und Wien angelegen sein, eine strenge, für beide streitenden Parteien gleich wohlwollende Neutralität zu beobachten. Große Anstrengungen wurden gemacht, den Frieden zu erhalten und den Krieg zu lokalisiren, falls jene Anstrengungen erfolglos bleiben sollten. In London wie in Petersburg haben die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs nie eine andere Sprache geführt, als die der Beruhigung und der Mäßigung. . . ." Fürst Bismarck ist nicht der Mann kleiner, verschämter Intriguen, die sich ängstlich verbergen. Diejenigen, die ihm ähnliches zutrauen und die sich dabei außerordentlich klug und verschmitzt vorkommen, haben kein Verständniß für Politik im Großen. Die deutsche Politik hat einfach erkannt, daß der allgemeine Friede ein allgemeines Bedürfniß, ein Segen für Deutschland sei, und dem entsprechend ist sie darauf gerichtet geblieben, Alles zu thun, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, ohne die eigenen guten Beziehungen zu einer der streitenden Parteien zu gefährden. Dies ist die einfache Wahrheit. Aber einfache Wahrheit leuchtet den Verschmitzten nur selten ein, und darum haben der „Soleil" und der „Temps" lieber das Thörichte geglaubt und ihren Lesern gepredigt."

Der „Kuryer poznanski" vom 7. d. M. giebt eine Uebersicht über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 5. d. M. und knüpft daran folgende charakteristische Bemerkungen:

„Nicht genug, daß die Petition so vieler Tausender von Familienvätern abgelehnt wurde, wurden auch noch Vorwürfe und Inkriminationen gegen die polnische Bevölkerung erhoben, welche dieselbe beschuldigten, sie sei an Allem schuld, was bei uns vorgehe, weil sie auf allen Gebieten des sozialen, wissenschaftlichen und Privatlebens nach Separatismus strebe. . .

Wir leugnen keineswegs, was Herr v. Goßler behauptet, und konstatiren, daß die Sache sich so verhält. Eine Million Polen, welche als eine engverbundene Gesellschaft neben einander leben, haben ein Recht, ihre Muttersprache, die sie mit der Muttermilch eingesogen haben, zum Austausch ihrer Gedanken zu gebrauchen, und da die Berührung mit den Deutschen unter den heutigen Verhältnissen uns mit dem Verlust dieser Sprache oder mit bedeutender Schädigung derselben bedroht, so kann man sich nicht wundern, daß in uns das Streben nach Separatismus besteht.

Blicken wir auf die in Paris und Rom ansässigen Deutschen; auch sie sind Verbannte und Fremde und ein Tropfen im Meere der Franzosen resp. Italiener! Dennoch wird sie der Herr Minister nicht tadeln, daß sie sich zur Pflege der Muttersprache und der deutschen Sitte zusammenthun. Und jene deutschen Vereine in Ungarn, Böhmen, im Königreich Polen und in Rußland, wie stark sind sie separatistisch gesinnt, und doch nimmt der Herr Minister ihnen dies nicht übel und wundert sich nicht, daß diese Deutschen beim Lesen des 137. Psalms:

„Wenn ich dich vergesse, mein Jerusalem,
so soll meine Rechte vergessen werden und meine
Zunge soll mir am Gaumen kleben, wenn ich
deiner nicht gedenken und Jerusalem nicht zum
Hauptgegenstand meiner Freude machen wollte."

an ihr deutsches Vaterland denken. Nur uns sollte es nicht erlaubt sein, uns als Polen zu fühlen? Nur wir sollen um der Bequemlichkeit einiger Deutschen willen unserer Muttersprache entsagen und in einer Sprache Berathungen halten, welche Vielen von uns völlig unverständlich ist? Die Deutschen, welche irgend eine mittelbar oder unmittelbar amtliche Stellung bekleiden, betrachten sich als Pioniere der deutschen Kultur und möchten ihrerseits ebenfalls zur Germanisirung des polnischen Volkes mitwirken, wo sich ihnen nur eine Gelegenheit dazu bietet. Wir wissen wohl, wie selbst das zu Germanisirungs- und Protestantisirungszwecken gegebene Almosen mißbraucht wird, und darum ist eine gewisse Isolirung von diesen Einflüssen für uns um so nothwendiger, als wir denselben in den amtlichen Verhältnissen nur zu sehr preisgegeben sind.

Diese Separation wird sich noch weiter verbreiten und noch tiefer greifen, wenn das gegenwärtige System, das die polnische Bevölkerung direkt dazu treibt, nicht geändert wird, denn durch den Druck wird immer der Gegendruck erzeugt.

Die seit Jahrhunderten im eigenen Lande ansässige polnische Gesellschaft hat ein größeres Recht auf die Erhaltung ihrer Eigenthümlichkeit, als die deutsche in Siebenbürgen oder in den baltischen Provinzen; sie hat auch ein stärkeres Bewußtsein ihrer Rechte, und wenn dies auch nicht mehr Billigung finden sollte, so werden sie ihre Eigenthümkeit dennoch mit Ausdauer und, so Gott will, nicht ohne Erfolg vertheidigen. Man darf über das polnische Oblatenbrechen, über die polnischen Pfefferkuchen und Nüsse lachen, wie ja auch die Deutschen in Böhmen über manche Eigenthümlichkeit unserer czechischen Stammgenossen gelacht haben. Heute lachen sie nicht mehr darüber."

Die **Auslassungen** des „Kuryer poznanski" lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es scheint, daß die Polen überhaupt es als Ehrensache betrachten, ihr „Streben nach Separatismus" vor der ganzen Welt zur Schau zu tragen. Wir hören, daß die polnischen Damen, welche ganz fertig deutsch sprechen, außer der polnischen sich nur der französischen oder englischen Sprache bedienen. In vielen polnischen Adelsfamilien ist ein Uebereinkommen gebräuchlich, daß für jedes im Hause gesprochene deutsche Wort eine Strafe an die Hausfrau gezahlt werden muß.

Und für eben diese Polen tritt die Zentrumspartei im Reichs- und Landtage ein, sobald sich nur eine Gelegenheit dafür bietet! Hat man noch Recht darauf, ein Deutscher genannt zu werden, wenn man in der Weise der Herren v. Schorlemer und Windthorst das Streben der Polen nach Separatismus befürwortet und begünstigt? Unseres Erachtens greift hier der Grundsatz des Strafrechtes Platz, daß der Gehülfe nach denjenigen Gesetzen zu beurtheilen ist, welche auf die Handlung Anwendung finden, zu welcher er wissentlich Hülfe geleistet hat.

Man schreibt uns aus Russisch-Polen über den in neuerer Zeit oft genannten Afrikareisenden **Scholz-Rogozinski:**

„Stephan Scholz ist der älteste der vier Söhne des ehemaligen Tuchfabrikanten Scholz, der von seinen Geschäften zurückgezogen in Kalisch lebt. Seine Mutter war die Tochter des früheren Apothekers Rogozinski in Warschau, der, nachdem er seine Apotheke verkauft, sich ebenfalls nach Kalisch zurückgezogen hat. Der Vater Scholz besitzt ein nicht unbedeutendes Vermögen, ist russischer Staatsangehöriger, aber von deutscher Herkunft. In seinem Hause und seiner Familie wird vorzugsweise Deutsch gesprochen.

Stephan Scholz besuchte zuerst eine Schule in Breslau und trat später in die russische Marine ein, wo er es bis zum Schiffsfähnrich brachte. Er trat als eifriger Pole auf, nannte sich Rogozinski und warb Freunde für die Idee einer polnischen afrikanischen Forschungs- und Entdeckungsreise, die, abgesehen von einem vielleicht günstigen Resultat, wieder die Lebensfähigkeit des Polenthums vor dem gesammten Europa bethätigen sollte. Und manche Polen, dadurch gewonnen, steuerten ihr Scherflein bei zu einem national-patriotischen Unternehmen.

Wie es scheint, war der Vater Scholz anfangs nicht für die „Robinsonade" seines Sohnes eingenommen. Später aber, als dessen Name öffentlich genannt wurde, als seine deutschfeindlichen Agitationen und Bestrebungen bekannt wurden, fremde Unterstützung ihm ein gewisses „Relief" bei den Polen gab, — fanden die polnischen Einflüsterungen und Schmeicheleien über die Bedeutung seines Sohnes Eingang bei dem Vater, und er soll demselben reichliche Geldzuschüsse haben zukommen lassen. In letzterer Zeit aber, so erzählt man sich in Kalisch, wurde dem Vater Scholz die Berühmtheit seines Sohnes etwas beängstigend und lästig, und diese Beklommenheit verringerte sich erst wieder, als ihm der Sohn seine Ernennung „durch die englische Regierung" zum Leiter, Administrator oder interimistischen Gouverneur der von ihm erworbenen neuen Kolonie „Victoria" anzeigte, nach Absteckung deren Grenzen er im Monat Juni oder Juli nach seiner Heimath kommen werde, und als der Sohn in seinen Briefen von dem Schutze erzählte, welchen ihm das russische Schiff „Najezdnik" habe angedeihen lassen.

Was das Verhältniß von Stephan Scholz gegenüber der russischen Regierung anbelangt, so soll ihm angedeutet worden sein, seinen Abschied zu nehmen, den er auch mit dem Charakter als Schiffslieutenant am 15./27. März d. J. erhielt.

Von einer amtlichen Autorisation, welche dem Stephan Scholz gestattete, statt seinen Vaternamen Scholz den Familiennamen seiner Mutter Rogozinski, oder den Namen Scholz-Rogozinski zu führen, ist nichts bekannt. Das Abschiedsdekret lautet denn auch nur auf den Namen „Scholz".

Das Auftreten des Stephan Scholz hat in seiner Heimath anfänglich keinen besonderen Eindruck gemacht und ist schnell wieder vergessen worden. Seiner wurde erst wieder gedacht, als sein Name öffentlich genannt und mit Ereignissen in Verbindung gebracht wurde, deren Abglanz ihm eine gewisse Bedeutung zu geben schien. Er wird schnell wieder vergessen sein, wenn ihm diese Aufmerksamkeit nicht mehr gezollt wird. Denn trotz allem guten Willen will bei dem besonnenen Polen doch nicht der Glaube Bestand gewinnen, daß Stephan Scholz's deutschfeindliches Auftreten ein anderes Resultat haben könne, als das der Unbequemlichkeit. Aber freilich liebt der Pole über die Maßen, daß man von ihm spricht, — Nichts verletzt seine Eitelkeit mehr, als wenn er sich vergessen glaubt. Daher ist man auch dem Scholz nicht eben gram, daß er mit die Veranlassung war, daß die deutsche Regierung sich mit der polnischen Sache beschäftigte, wenn man auch gewünscht hätte, daß dabei weniger klar die eigentlichen Gesinnungen der sogenannten nationalen